

CH_VB 20025246 vom 26. Januar 1995

Bundesverwaltung, 1995-01-26, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20025246__td_

FR: CH_VB 20025246 du 26 janvier 1995

IT: CH_VB 20025246 del 26 gennaio 1995

Erwägungen

E. 26

janvier 1995 uns begeben, ohne zu wissen, wie es herauskommen könnte. In meinem Departement, im EMD, haben sich solche Strukturen seit Jahren sehr bewährt. Herr Minger waren noch etwa 35 Leute direkt unterstellt, d. h. der Bundesämter. Heute haben wir die Gruppenbildung, und die Funktion eines Generalstabschefs beispielsweise ist auf militärischer Seite durchaus mit jener eines Staatssekretärs zu vergleichen; das hat sich ausserordentlich bewährt. Damit habe ich auch schon angedeutet, dass es mit der Einführung der Staatssekretäre nicht sein Bewenden haben darf. Im Rahmen einer tiefgreifenden Verwaltungsreform müssen wir jene Voraussetzungen schaffen, welche einen optimalen Einsatz dieser Staatssekretäre ermöglichen. Damit können Organisation und Führung der Verwaltung den Erfordernissen der Zeit angepasst werden. Im Moment werden im Rahmen einer Projektorganisation grundlegende Reformvorschläge erarbeitet. Dabei sollen auch neue Führungsformen zur Anwendung gelangen, etwa der erweiterte Gebrauch von Leistungsaufträgen, in gewissen Einheiten die Schaffung höherer Eigenverantwortlichkeit und auch ein modernes Controlling. Damit diese Strukturen rasch geschaffen werden können, beantragt Ihnen der Bundesrat, ihm die Kompetenz zur eigenständigen Organisation der Verwaltung zu übertragen. Ich habe mit Freude festgestellt, dass das hier im Grundsatz nicht bestritten ist. Ich darf Ihnen sagen, dass der Bundesrat gewillt ist - und ich werde als Bundespräsident dieses Jahr alles daran setzen, dass wir hier vorwärtskommen -, von dieser Kompetenz auch Gebrauch zu machen und sie nicht nur kosmetisch zu nützen, wie das Herr Schmid Peter befürchtet und angedeutet hat. Zu den Rückweisungsanträgen: Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und die Anträge der Minderheit Steinemann gehen in die gleiche Richtung; sie wollen die Staatssekretäre «eliminieren». Für mich ist das faktisch ein partielles Nichteintreten auf die Vorlage, weil eben ein tragender Pfeiler dieser Reform herausgebrochen wird. Ich kann nur noch einmal betonen, wie wichtig diese Reform ist, und zwar nicht einmal so sehr in meinem Departement, sondern vor allem in den breiter vernetzten Departementen. Ich könnte ohne Reform leben, glaube aber, dass ein Departement des Innern, ein Volkswirtschafts- oder ein Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement diese Restrukturierungen braucht. Ein besonderes Interesse müssten eigentlich jene an dieser Reform haben, welche im Grundsatz zu unserem Regierungssystem stehen. Ich habe doch zum Glück bei den SVP-Vertretern stark diesen Eindruck. Gerade sie haben ja ein Interesse daran, dass dieses System auch unter den modernen Umständen so optimal funktioniert, dass es überleben kann. Das muss man berücksichtigen, dafür brauchen wir tiefgreifende Reformen. Ich bitte Sie deshalb, den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion abzulehnen. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt Rückweisung und Zweiteilung der Vorlage, was möglicherweise einen Zeitverlust zur Folge hat. Wenn Ihre Kommission das sofort, heute schon, wieder ins Plenum einbringt, ist dieses Argument hinfällig, ich würde dieses Vorgehen aber trotzdem bedauern. Eine

Aufteilung der Vorlage würde nämlich geradezu dazu einladen, die Staatssekretäre per Referendum «zu Fall zu bringen». Wir müssen wieder den Mut haben, ganze Vorlagen integral vor dem Volk mutig zu vertreten! Andernfalls würden wir wieder einen wichtigen Pfeiler herausbrechen und einen Torso hinterlassen. Um noch einmal kurz auf die Staatssekretäre zurückzukommen: Ich habe auch etwas Mühe mit dem Argument der Kosten. Man kann natürlich immer mit der Aufblähung von Beamtenapparaten und mit Kosten Angst machen. Es müsste, gerade aus der Reform der Verwaltung als Ganzes, mehr «herauskommen» als das, was die Staatssekretäre kosten. Sie haben ja auch gewisse Sicherungen eingebaut, gegen die sich der Bundesrat nicht wehrt. Im Vergleich zum Gesamtbudget des Bundes mit 43 Milliarden Franken ist wahrscheinlich eine kleine Investition in eine stärkere Führungsfähigkeit auch kostenmässig durchaus zu verantworten. Es geht mir aber auch um eine gewisse politische Glaubwürdigkeit. Seit Jahren wird eine tiefgreifende Reform des Regierungssystems gefordert. Bei der Präsentation der Revision wurde kritisiert, dass sie zögerlich sei, mutlos, dass sie viel zu wenig weit gehe. Ich meine, dass das nicht zutrifft; es wurde jedoch so gesagt. Als dann einer unserer Kollegen leider erkrankte, kamen wieder die grossen Worte, dass jetzt sofort etwas geschehen müsse. Kaum ist das Problem wieder beigelegt, hat man plötzlich wieder Angst, dass diese Reform, welche vorher als zögerlich beurteilt worden ist, zu weit gehe und vor dem Volk nicht mehr vertreten werden könne. Um noch auf den Rückweisungsantrag Schmid Peter zu sprechen zu kommen: Seine Fraktion will die Anzahl der Bundesräte erhöhen. Ich habe Ihnen meine persönliche Meinung dazu gesagt, der Bundesrat ist aber bereit, dieses Problem konstruktiv zu prüfen. Das soll aber Gegenstand der nächsten Reformphase sein. Zuerst müsste auch hier die Verfassung revidiert werden. Sie können sich vorstellen, wie lange es mit einer Verfassungsrevision gehen würde, bis wir hier überhaupt wieder eine kleine Reform durchziehen könnten. Mit dem Vorgehen, das Herr Schmid hier beantragt hat, würden Sie wiederum das Machbare blockieren. Ich bitte Sie deshalb, auch diesen Rückweisungsantrag abzulehnen. Ich komme noch kurz zum Rückweisungsantrag der LdU/ EVP-Fraktion, die zum parlamentarischen Konkurrenzsystem übergehen möchte. Auf den internationalen Trend hin zu Konkordanzsystemen habe ich hingewiesen; wir würden auch hier das Machbare mit dem Utopischen verunmöglichen. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft ausführlich - und ich meine: qualifiziert - begründet, warum er dieses System verworfen hat. Der Bundesrat ist überzeugt, dass viele Wesenselemente unseres bewährten, austarierten Systems in Frage gestellt und gefährdet würden, beispielsweise die Volksrechte oder die starke Stellung des Parlamentes; ein Parlament in einem Konkurrenzsystem ist schwächer als unseres, dessen müssen Sie sich bewusst sein. Ebenso würden die Unabhängigkeit seiner Mitglieder gefährdet, der Stimmzwang, das Zweikammersystem, das Kollegialsystem und auch die hohe Stabilität der Regierung. Man kann das kritisieren, aber gerade in einem Land, das aus seiner Zersplitterung heraus zu einer dauernden Instabilität neigt, sind gewisse Stabilisatoren im Regierungssystem wahrscheinlich wichtig und nötig. Es würden auch das heutige Wahlsystem und die vielgestaltige, föderalistische Parteienstruktur grundsätzlich in Frage gestellt. Das alles müssen Sie sich überlegen; das wäre nachher eine andere Schweiz. Ob es eine bessere wäre, da habe ich meine Zweifel. Der Bundesrat bittet Sie, auch den Rückweisungsantrag der LdU/EVP-Fraktion abzulehnen. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die vorliegende Reform tiefer geht, als ihr zum Teil nachgesagt wird, und er ist weiter überzeugt, dass das Machbare hier und jetzt getan werden muss. Die Reform wird dem Bundesrat ermöglichen, sich auf die grundlegenden Strategieentscheide zu

konzentrieren, ohne dass er die Sachkompetenz und politische Kontrolle verliert Die Führung der Verwaltung kann gestärkt und die Effizienz des Regierungsapparates verbessert werden. Ich bitte Sie im Namen des Bundesrates, diesen wichtigen Schritt zu unterstützen, die verschiedenen Rückweisungsanträge abzulehnen und zu einer raschen Umsetzung dieser Reform Hand zu bieten. Le président: Nous vous informons que la proposition Blocher de non-entrée en matière a été retirée. Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition Erste Abstimmung - Premier vote Für den Antrag Schmid Peter Dagegen Zweite Abstimmung - Deuxième vote Für den Antrag der LdU/EVP-Fraktion Dagegen

E. 27

Stimmen 135 Stimmen 23 Stimmen 131 Stimmen

26. Januar 1995 N 131 Interpellation Bonny Le président: Ainsi, vous avez rejeté le renvoi au Conseil fédéral. Nous votons maintenant sur les propositions de renvoi à la commission. Abstimmung - Vote Eventuell - A titre préliminaire Für den Antrag der SP-Fraktion 71 Stimmen Für den Antrag der SVP-Fraktion 70 Stimmen Definitiv - Définitivement Für den Antrag der SP-Fraktion 89 Stimmen Dagegen 74 Stimmen Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu #ST# 93.3461 Interpellation Bonny Bundestätigkeiten. Verzicht, Vereinfachung und Rationalisierung Activité de l'administration fédérale. Politique de restriction. Wortlaut der Interpellation vom 5. Oktober 1993 1. Ist der Bundesrat bereit, die gesamten Bundestätigkeiten auf ihre Notwendigkeit und Effizienz kritisch zu überprüfen und die nötigen Massnahmen zu treffen (Verzicht auf Tätigkeiten bzw. Vereinfachung von Tätigkeiten)? 2. Ist der Bundesrat bereit, die Bundesverwaltung - gerade auch im Zusammenhang mit Frage 1 -energisch zu rationalisieren und zu reorganisieren (z. B. Zusammenlegung von Bundesämtern)? 3. Ist der Bundesrat bereit, der in den letzten zehn Jahren erfolgten Aufblähung und Aufstockung der Stabsstellen auf Departements- und Amtsebene entgegenzutreten und diese zu reduzieren? 4. Ist der Bundesrat bereit, innert nützlicher Frist eine Gesamtüberprüfung aller Subventionssätze vorzunehmen und den Verzicht bzw. die Reduktion der Subventionen voranzutreiben? 5. Ist der Bundesrat bereit, den in der Regel übertrieben hohen Standard der Normen in verschiedenen Bereichen (z. B. bei Installationen und Bauten) zu überprüfen und, wo möglich, zu reduzieren? Texte de l'interpellation du 5 octobre 1993 1. Le Conseil fédéral est-il prêt à contrôler la rationalité et l'efficacité de la totalité de l'activité de la Confédération et à prendre les mesures nécessaires (suppressions ou simplifications)? 2. En relation avec cette première question, est-il prêt à rationaliser et réorganiser radicalement l'administration fédérale, par exemple en regroupant des offices? 3. Est-il prêt à enrayer la tendance au gonflement des services d'état-major des départements et des offices, à laquelle on assiste depuis une dizaine d'années, et à réduire le nombre et l'effectif de ces services? 4. Est-il prêt à examiner rapidement l'ensemble des taux de subvention et à pousser à la suppression et à la réduction de ces subventions? 5. Est-il prêt à revoir les normes, généralement trop sévères, dans divers domaines (p. ex les installations et les constructions) et, si possible, à les réduire? Mitunterzeichner-Cosignataires: Allenspach, Aregger, Aubry, Bezzola, Bischof, Blocher, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Gerald, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevalaz, Comby, Couchepin, Dettling, Dreher, Eggly, Etique, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Fritschi Oscar, Giger, Gros Jean-Michel, Gysin, Hegetschweiler, Kern, Leuba, Loeb François, Mamie, Mauch Rolf,

Miesch, Moser, Mühlemann, Neuenschwander, Pidoux, Pini, Poncet, Reimann Maximilian, Savary, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Tschopp, Vetterli, Wyss Paul (55) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Im Jahr 1992 habe ich den Bundesrat ersucht, bis Ende 1993 unter Beizug ausserhalb des Bundes stehender Fachleute eine umfassende Expertise zu veranlassen und einen Bericht zu erstatten, der Auskunft gibt über Möglichkeiten und Zweckmässigkeit, gewisse Bereiche der Bundesverwaltung und der Regiebetriebe des Bundes aus Gründen der Rationalisierung, Effizienz und Kosteneinsparungen zu privatisieren. Diese Motion wurde auf Vorschlag des Bundesrates in ein Postulat umgewandelt Trotz dem in der Antwort gezeigten Verständnis ist in der Zwischenzeit viel zu wenig geschehen. Zum Teil hat sich die Situation sogar noch verschlimmert Seit Anfang 1992 hat sich zudem die Lage der Bundesfinanzen dramatisch verschlechtert. Es gibt dafür viele Erklärungen. Diese lassen sich alle auf eine Grundtatsache zurückführen: Der Bund hat in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren eindeutig über seine Verhältnisse gelebt. Wenn man an diesem Grundtatbestand vorbeisieht, wird es sicher nie gelingen, der steten Aufblähung der Bundestätigkeit und Bundesverwaltung Einhalt zu gebieten. Die Behörden aller Stufen tragen hier Verantwortung. Diese Verantwortung trifft aber primär den Bundesrat. Trotz aller Anstrengungen wird auch nach dem Vorschlag 1994, dem zweiten Sanierungspaket und - im Falle einer Annahme - nach der Einführung der Mehrwertsteuer das Loch in den Bundesfinanzen bei weitem nicht gestopft sein. Es bleiben Defizite in der Höhe von mehreren Milliarden Franken bestehen, die auf strukturelle Mängel in unserer Staatstätigkeit zurückzuführen sind. Es müssen daher ohne Verzug und energisch Massnahmen mit langfristiger Wirkung eingeleitet werden, welche die Bundestätigkeiten und die Bundesverwaltung wieder auf ein verantwortbares Mass zurückführen. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 17. November 1993 Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 novembre 1993 Die Interpellation erweckt den Eindruck, der Bundesrat leite zu wenig energisch Massnahmen ein, um einer Ausweitung der Bundestätigkeit und Bundesverwaltung Einhalt zu gebieten. Dies entspricht indessen nicht den Tatsachen. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren ist die Bundesverwaltung einer Welle von Rationalisierungs- und Reorganisationsmassnahmen unterzogen worden. Gegenwärtig laufen drei zugleich, nämlich die Querschnittsmassnahmen zur Effizienzsteigerung (Effi-QM-BV, Abschluss 1995), das Sparpaket 1993 sowie die Regierungs- und Verwaltungsreform, ferner eine ganze Reihe von Einzelprojekten. Zu erinnern ist an die Tatsache, dass die Schweiz auch heute noch unter den westlichen Industrienationen mit dem kleinsten Prozentanteil der öffentlichen Angestellten (Bund, Kantone, Gemeinden) an der Gesamtheit der Erwerbstätigen figuriert und dass auch die Staatsquote unter den OECD-Ländern einen der tiefsten Werte aufweist (Zwischenbericht des Bundesrates vom 21. Januar 1991 an die GPK betreffend Effi-QM-BV). Im übrigen ist sich der Bundesrat durchaus bewusst, dass die Verhinderung einer Ausweitung der Bundestätigkeit und Bundesverwaltung sowie Einschränkungen eine permanente Aufgabe darstellen, der er sich im Hinblick auf die Finanzlage weiterhin prioritär zu widmen hat. Es handelt sich um aufwendige Detailarbeit. Der «grosse Wurf», den sich der Interpellant, unter anderem durch eine Privatisierungswelle, erhofft, ist unreali-

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz Organisation du gouvernement et

de l'administration. Loi In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1995 Année Anno Band I Volume Volume Session Januarsession Session Session de janvier Sessione Sessione di gennaio Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 05 Séance Seduta Geschäftsnummer 93.075 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 26.01.1995 - 08:00 Date Data Seite 115-131 Page Pagina Ref. No 20 025 246 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.